



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

17. Mai 2022

Stadtteilschulen + Holsten-Areal + Mietenexplosion + Grenzfahrt + Perspektiven in der Ukraine + Kunst in der DDR



Protest der Abgeordneten der Hamburger Linksfraktion auf dem Jungfernstieg

Liebe Leserinnen und Leser,

keine allzu gute Zeit, nicht für die Welt, nicht für den Frieden und leider auch nicht für DIE LINKE. Aber eines ist uns in den vergangenen Wochen wieder einmal vor Augen geführt worden: Ohne DIE LINKE würden viele Fragen in der Parteienlandschaft dieses Landes gar nicht gestellt werden oder nur kaum vernehmbar sein. Und das meint nicht nur die sozialen Probleme aller Art, die Armutslage, die Mietenexplosion, den anhaltenden Reallohnverlust und die Angst von mittlerweile 54 % der Bevölkerung, aufgrund der Preissteigerungen den eigenen Lebensstandard einschränken zu müssen. Das meint auch die damit durchaus verbundene Friedensfrage. Ja, DIE LINKE und große Teile der Friedensbewegung haben in der Einschätzung der Invasionsbereitschaft der Pu-

tinschen Außenpolitik falsch gelegen, aber in der Ablehnung einer massiven Aufrüstung mit schier unabsehbaren Folgen für die Gesellschaft und den internationalen Frieden können wir doch unseren Alleinstellungsanspruch behaupten. Leider, wie wir betonen, denn die »Verpanzerung« der GRÜNEN (Hilmar Klute in der SZ vom 21.4.2022) und die erst zurückhaltende, dann doch den Militarisierungskurs einschlagende SPD machen uns betroffen und sorgen dafür, dass jahrzehntelange Erkenntnisse binnen weniger Wochen über den Haufen geschmissen werden.

Traut mensch den Leitmedien dieses Landes, den Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksendern, dann schallt uns eine einheitliche Phalanx der Kriegstrunkenheit entgegen. Wa-

rum nur ist das Erbe eines Egon Bahr (er wäre am 18. März 100 Jahre alt geworden) so schnell in Vergessenheit geraten, gerade auch unter den Sozialdemokrat:innen? Hat er uns nicht allen in den Zeiten des Kalten Krieges die Maxime »Frieden durch Annäherung« nahegebracht und davor gewarnt – gerade in Krisenzeiten –, die Spannungen durch eine noch weitere Eskalation zu verschärfen?¹ Wie kann es sein, dass die Medien tagtäglich den Eindruck vermitteln, das ganze Land stünde hinter Waffenlieferungen und Megaausrüstung, wo sich doch laut letzter Umfrage Anfang Mai »nur« 46 % der Befragten für eine Lieferung von Offensivwaffen und schwerem Gerät ausgesprochen hätten – Tendenz abnehmend –, 44 % aber generell gegen solche Lieferungen votierten (www.

¹ Anlässlich des 100. Geburtstages von Egon Bahr hat Dieter Klein Mitte (Rosa-Luxemburg-Stiftung) März einen lesenswerten Artikel zum Thema »Gemeinsame Sicherheit und die Aggression gegen die Ukraine« geschrieben: www.rosalux.de/news/id/46158/gemeinsame-sicherheit-und-die-aggression-gegen-die-ukraine.

rnd.de/politik/umfrage-zu-krieg-in-ukraine-das-denken-die-deutschen-ueber-waffenlieferungen-und-deutschlands-ZGCED4DYHONWSLRH2YA76T3TQU.html)? Wir können nur empfehlen, gerade in diesen Wochen die alternativen Medien zu nutzen, um wenigstens ein halbwegs objektives Bild von der Lage, den Herausforderungen und Perspektiven zu bekommen.

Irgendwie seltsam, aber auf eine gewisse Art läuft der Alltag unserer Bürgerschaftsarbeit wie gewohnt weiter – gerade weil wir jeden Tag erfahren, dass wir in Hamburg mit unserer Arbeit dringend gebraucht werden. Und so geht es also weiterhin um die von uns direkt in Hamburg mit zu beeinflussenden Arbeitsfelder. Was in diesem »Bürger:innenbrief« vor allem an den Themen Stadtteilschule, Mietenexplosion und Holstenareal festgemacht werden soll.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann,
Michael Joho und Hanno Plass

Die Lage der Stadtteilschulen im Zwei-Säulen-System

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

In der letzten Anmeldeperiode erfuhr das behördliche Credo von der Gleichwertigkeit der beiden Schulformen eine Delle. Denn die Zahlen der Anmeldungen für die Stadtteilschulen (STS) waren wieder niedriger als die der Gymnasien. Haben wir es etwa nicht mit gleichwertigen Schulformen zu tun? Und wenn es so ist, woran liegt es? Beiden vorausgesetzt ist doch die freie Entscheidung der Sorgeberechtigten darüber, an welche Schule ihr Kind geht.

Zum einen sind beide Schulformen strukturell unterschiedlich: Das Gymnasium endet mit der Hochschulreife nach acht Jahren, der STS sind dafür neun gegeben. Gymnasien müssen Schüler:innen nach Klasse 6 abschulen, wenn ihre abgeprüften Leistungen nicht erwarten lassen, »dass die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs gewachsen sein wird«. Dann – so heißt es im besten Jargon der Eigentlichkeit – »wechselt die Schülerin oder der Schüler in die Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule« (§ 42 Abs. 5 Hamburgisches Schulgesetz). Wer, wie, was – und warum, darüber gibt das Hamburgische Schulgesetz keine Auskunft.

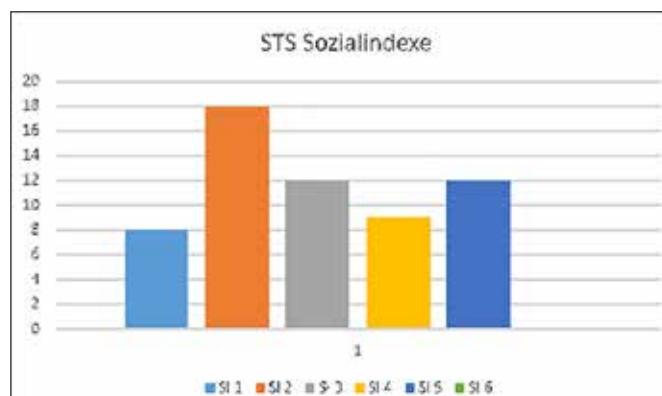
Die STS sind nunmehr in einer besonderen Lage, nämlich in Konkurrenz zur traditionellen Institution von schulischer Bildung in Deutschland: dem Gymnasium. Von dessen Qualität lassen Hermann Hesses Figur des Hans Giebenrath und die »Schulepisode« des Hanno Buddenbrook grüßen!

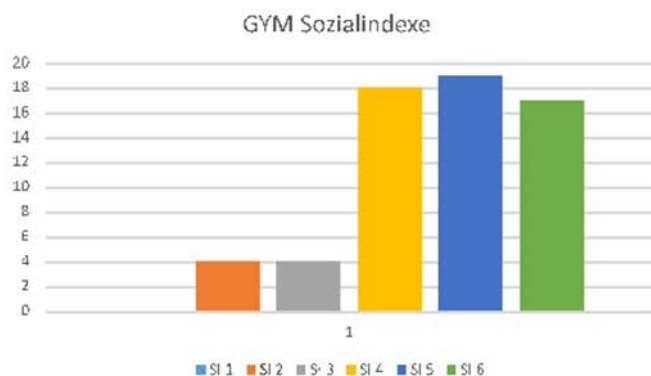
Dem Gymnasium gegenüber lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass die STS die »Hauptlast« der Bildung in Hamburg tragen. Sie fördern zudem noch in einer wesentlich stärkerer Weise als die Gymnasien. Natürlich hat dies auch mit einer

leicht erhöhten Zuweisung an Ressourcen zu tun. Doch diese sind mit der Konzentration an bildungspolitischen und sozialen Aufgaben an den STS nicht nur im Prinzip gerechtfertigt, sondern immer noch zu niedrig.

Woher wissen wir das? Von den Daten, die die Behörde für Schule und Berufsbildung auf unsere Große Anfrage »Zur Lage der Stadtteilschulen« (Drs. 22/7342) zur Verfügung gestellt hat. Die Rahmendaten lauten wie folgt: Es gibt insgesamt 59 STS. Insgesamt besuchen 65.857 Schüler:innen diese Schulform.

In den Sozialindexen, gegenläufig zu Schulnoten (6 hohes Niveau, 1 niedriges Niveau) verteilen sich die 59 Schulen wie folgt: 8 mit Sozialindex 1, 18 mit Sozialindex 2, 12 mit Sozialindex 3, 9 mit Sozialindex 4, 12 mit Sozialindex 5 – und keine mit Sozialindex 6. (Bei den Gymnasien gibt es keine Schule mit Sozialindex 1, dafür 17 mit Sozialindex 6.)

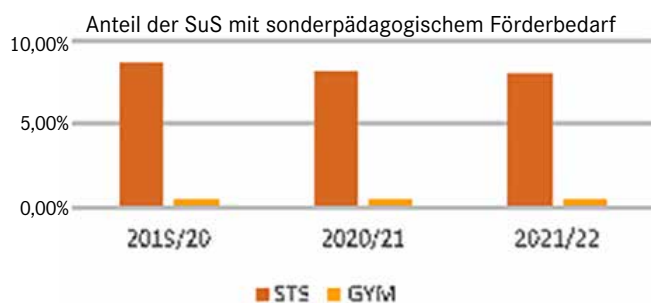




Die Sozialindexe überraschen dahingehend nicht, wenn wir uns die Lage der STS im städtischen Raum vergegenwärtigen (siehe den Artikel zu den Stadtteilprofilen im »Bürger:innenbrief« vom Januar 2022). Doch in der Großen Anfrage gibt der Senat noch einen anderen Faktor an, den RISE-Status¹ der Wohngebiete der Schüler:innen. Da lässt sich festhalten, dass im jetzigen Schuljahr 30% der Schüler:innen aus einem Gebiet mit niedrigem und sehr niedrigem Status kommen, 58,3% aus einem Gebiet mittleren RISE-Status¹ und nur 8,7% von einem Gebiet mit hohem Status (bei 3% ist dieser Status unbekannt). Zur Verdeutlichung, bei Gymnasien kommen zwar auch die Mehrheit, 59,4% aus einem RISE-Gebiet mit mittlerem Status, doch nur 10,5% ihrer Schüler:innen aus Gebieten mit niedrigem und sehr niedrigem RISE-Status und demgegenüber 27,4% aus einem RISE-Gebiet mit hohem Status (bei 2,7% ist der Status unbekannt).

Genauso spiegelbildlich ist das Verhältnis der Schüler:innen mit so genanntem Migrationshintergrund. Im aktuellen Schuljahr sind es am Gymnasium 40,8% mit (bei 0,2% kann der Migrationshintergrund nicht zugeordnet werden) und 59% ohne Migrationshintergrund. In den STS haben dagegen 60,4% der Schüler:innen einen Migrationshintergrund und 39,1% nicht (bei 0,6% kann es nicht entschieden werden).

Besonders eklatant fällt der Unterschied im Anteil der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Gesamtschüler:innenschaft aus. An dem STS liegt er in den letzten drei Schuljahren zwischen 8,6% (2019/20) und 8% (2021/22) wohingegen durchgehend nur 0,5% der Gymnasialschüler:innen diesen diagnostizierten Förderbedarf haben.



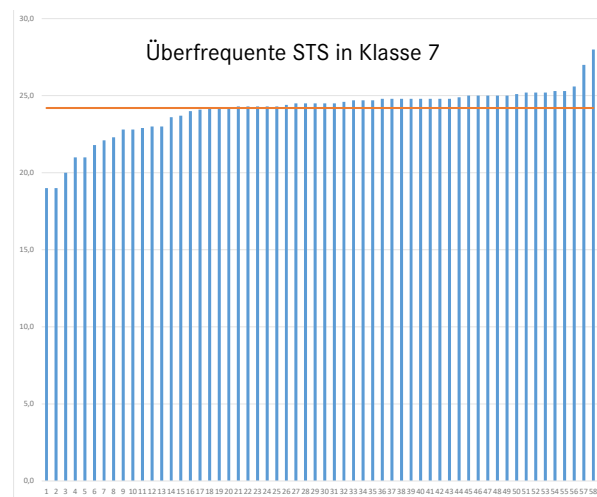
¹ RISE ist das Akronym von Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung, das die kleinräumliche Sozialstruktur von Hamburger Stadtteilen und Quartieren im Rahmen des Sozialmonitoring erhebt.

Ähnlich deutlich klappt die Lücke zwischen den Schulformen im Bereich der Sprachförderung (in der Sekundarstufe I). Dort liegt das Gymnasium in den letzten drei Schuljahren bei rund 5%, die STS wiederum bei rund 15%.

Im Bereich der Lernförderung nach § 45 des Hamburgischen Schulgesetzes wird rund doppelt so vielen Schüler:innen an STS diese spezifische Förderung zuteil wie an Gymnasien.

Der wesentliche Unterschied, der die Bildungsungleichheit zwischen den beiden Schulformen zementiert, ist der Zwang, Schüler:innen nach Klasse 6 vom Gymnasium auf die STS zu verweisen. Vor der Coronapandemie wurden jedes Jahr fast 1.000 Schüler:innen abgeschult. In der Pandemie wurde den Gymnasien ein größerer Handlungsspielraum eingeräumt, Schüler:innen trotz ihrer Leistungen auf dem Gymnasium zu behalten. Daher sind die Zahlen der abgeschulten Schüler:innen abgesunken.

Dennoch lassen sich zwei Aspekte deutlich festhalten: die Abschlungen führen dazu, dass an den STS bisweilen ganze Klassen mit abgeschulten Schüler:innen eingerichtet werden; Schüler:innen, die nach der Negativerfahrung wieder vollkommen aufgerichtet werden müssen. Und der Vorgang des Abschlulens führt auch dazu, dass viele Klassen an STS überfrequent sind (also mehr Schüler:innen aufnehmen, als gesetzlich festgelegt ist). Das heißt, dass mehr Schüler:innen in Klasse 7 sind als das Schulgesetz als Höchstgrenze festlegt. In Hamburg treffen nur drei Schulen genau die vorgeschriebene Klassengröße von (durchschnittlich) 24,2 Schüler:innen; in 37 Schulen sind mehr Schüler:innen in den 7. Klassen, nur in 17 Schulen weniger. Damit sorgt diese Praxis für eine systematische Verletzung des Schulgesetzes.



Diese Faktoren machen deutlich, wie sehr die STS nicht nur als Lernorte, sondern auch als soziale Orte, als pädagogische Einrichtungen mit einer Vielzahl von Aufgaben, die weit über die Vermittlung von Lerninhalten hinausgehen, zu sehen sind.

Positiv lässt sich hinsichtlich der inneren Organisation festhalten, dass es nur 22 STS gibt, die mit äußerer Differen-

zierung arbeiten und dabei in der Regel in höheren Klassenstufen und bei bestimmten Fächern, nicht flächendeckend.

Und ein wesentlicher positiver Aspekt, der die großartige Arbeit der STS deutlich macht, ist die Quote der Schüler:innen, die trotz ihrer fehlenden Gymnasialempfehlung – also der Voraussage in Klasse 4, sie würden es nicht schaffen, eine Hochschulreife zu erlangen – enorm hoch ist. Ähnlich wie in den Jahren zuvor hatten im letzten Schuljahr 83% der Abiturient:innen keine Gymnasialempfehlung in Klasse 5. Und das,

obwohl wir in den Klassen 7 und 10 einen größeren Zustrom von Gymnasialschüler:innen vorfinden. Neben den Abschlüssen ein Indiz, dass zur Oberstufe einige Schüler:innen sich nicht den Stress des Turboabiturs antun wollen.

Angesichts der großen Aufgaben, die die STS zu bewältigen haben, sind ihre Leistungen ein voller Erfolg. Auch daher haben wir gefordert, die Gymnasien in den Stand zu setzen, alle Schüler:innen zu behalten und die STS zur Regelschule in Hamburg zu machen.

Holsten-Areal:

Wirtschaftskrimi, Tragödie oder einfach nur Spekulation mit politischer Unterstützung?

Von Heike Sudmann

Seit Jahren steht das Gelände der ehemaligen Holsten-Brauerei in Altona im Blickpunkt von Stadtentwicklung und Politik. Mit dem Umzug der mittlerweile zu Carlsberg gehörenden Brauerei nach Hausbruch bestand eine echte Möglichkeit, eine neue Stadtteilentwicklung in Altona einzuleiten. Doch diese Chance wurde vom SPD-Senat unter Olaf Scholz bewusst vertan, auch durch den Verzicht auf ein mögliches Vorkaufsrecht. Vielmehr wurden Tür und Tor für eine massive Grundstücksspekulation weit geöffnet.

Ein kleiner Rückblick

Im Jahr 2016 hätte die Stadt das Grundstück für rund 65 Mio. Euro von Carlsberg kaufen können. Stattdessen ließ sie sich auf die Wünsche von Carlsberg ein und versprach, eine viel höhere Verdichtung zu ermöglichen. Statt 120.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche (BGF) sollte nun der Bebauungsplan 160.000 bis 180.000 Quadratmeter BGF zulassen. Diese hohe Verdichtung war gut für die Eigentümer:innen, denn dadurch sprang der Grundstückswert mal eben auf 150 Mio. Euro. Carlsberg hat das Grundstück dann auch teuer verkauft – nicht an die Stadt. Nach mehreren Eigentümer:innenwechseln gehört das Grundstück jetzt Consus bzw. der Adler Group.

Was ist bisher geplant auf dem Gelände?

Jahrelang liefen Gespräche mit den Eigentümer:innen über den Bebauungsplanentwurf und einen Städtebaulichen Vertrag. Am 2. Juni 2021 wurde im Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona der Entwurf des städtebaulichen Vertrags zwischen dem Bezirksamt und dem derzeitigen Eigentümer des Holstenareals, dem Projektentwickler Consus bzw. AdlerGroup, vorgestellt. Danach sollen von den über 1.200 geplanten Wohnungen

- 365 geförderte Wohnungen mit 30-jähriger Bindungslaufzeit,
- 50 Wohnungen mit einer gedeckelten Miete von 12,90 Euro und weitere 50 Wohnungen zu 14,90 Euro pro Quadratmeter nettokalt,
- 235 frei finanzierte Wohnungen,
- 370 Eigentumswohnungen sowie
- 170 Wohnungen für Baugemeinschaften entstehen.

Laut Informationen der »ZEIT« aus dem Sommer 2021 soll die Kaltmiete für die frei finanzierten Wohnungen bei 23 Euro liegen.

700 teure Wohnungen und eine Verdichtung, die nur für den Investor gut ist, sind weder ein Kompromiss noch ein Erfolg. Sie sind eine Bankrotterklärung des Senats gegenüber Investor:innen, die mit legalen Tricks (u.a. Share Deals) den Grundstückswert in exorbitante Höhe getrieben haben. Lag der Verkaufspreis des Grundstücks im Jahr 2016 noch bei 150 Mio. Euro, zahlte Consus vier Jahre später bereits 320 Mio. Euro. Mittlerweile wird in den Bilanzen von Consus bzw. Adler Group der Grundstückswert mit 364 Mio. Euro angegeben.

Im Herbst 2021 erhob der sogenannte Shortseller Fraser Perrier schwere Vorwürfe gegen die Adler Group, u.a. auch im Zusammenhang mit der Übernahme von Consus. Die Adler Group trat notgedrungen die Flucht nach vorn an und gab eine Sonderuntersuchung bei den Wirtschaftsprüfer:innen von KPMG Forensik in Auftrag.

Am 22. April 2022 wurde nun die KPMG-Sonderuntersuchung zu den Vorwürfen gegen die Adler Group bzw. Consus – z.B. überhöhte Immobilienbewertungen, falsche Darstellung des Verschuldungsgrades und Transaktionen mit mutmaßlich nahestehenden Personen – veröffentlicht. Der erhoffte Befreiungsschlag für die Adler Group blieb aus. Bezogen auf das Holsten-Areal stellt KPMG fest, dass der Vorwurf, die ermittelten Werte seien nicht angemessen, nicht widerlegt werden konnte (S.114). Von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit dem geplanten Städtebaulichen Vertrag des Bezirks mit dem Investor ist folgende Aussage von KPMG: »Der Vorwurf, dass Adler nicht über die finanziellen Mittel verfügt, die Projektentwicklungen umzusetzen, kann auf Basis der uns in der Sonderuntersuchung zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht widerlegt werden« (S.117).



Von der Website der Holstenareal-Initiative knallt am dollsten! (www.knallt-am-dollsten.de/2022/05/presseerklaerung)

Knock-out für Adler – Hoffnung für das Holstenareal **Initiative fordert Kommunalisierung des Geländes**

Angesichts des für die Adler Group desaströsen KPMG-Gutachtens fordert die Initiative »knallt am dollsten« die Stadt Hamburg und den Bezirk Altona auf, die Verhandlungen mit dem Immobilienkonzern für gescheitert zu erklären und die Kommunalisierung des Holstenareals unverzüglich einzuleiten.

(Aus der Presseerklärung der Initiative vom 1. Mai)

Knallt am dollsten, weitere Initiativen und das Netzwerk Recht auf Stadt rufen auf zur Beteiligung an einer ersten **Bezirksversammlung von unten**, die am **Mittwoch, den 25. Mai**, ab 17.00 Uhr unter dem Motto **Adler ist Geschichte – Neustart für das Holstenareal** vor dem Rathaus Altona stattfinden wird.

Die Sonderuntersuchung von KPMG war schon ein schwerer Schlag für die Adler Group und ließ den Aktienkurs abstürzen. Eine Woche später wurde bekannt, dass die Adler Group von den KPMG-Wirtschaftsprüfer:innen das erforderliche Testat für den Jahresabschluss 2021 nicht erhält. Schlimmer geht es nicht für die Adler Group – und auch nicht für die Stadt.

Das müsste auch den naivsten Fürsprecher:innen für die Eigentümerin Adler Group im Bezirk und Senat jetzt reichen. Mit diesem unseriösen Unternehmen dürfen keine Verträge gemacht werden! Da kann auch keine vom Bezirksamt bzw. den Altonaer GRÜNEN geforderte Finanzierungszusage einer Bank irgendwas heilen. Schon das bisherige Spekulationsgebaren mit der wundersamen Erhöhung des Grundstückswerts des Holstenareals auf mehrere hundert Millionen Euro hat doch bewiesen, dass es der Adler Group nicht um Stadt-

entwicklung oder Wohnungsbau geht, sondern ausschließlich um höchste Profite.

Jede weitere Diskussion über den Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages mit Consus/Adler Group ist überflüssig. Und wer jetzt noch den für Consus/Adler Group maßgeschneiderten Bebauungsplan verabschieden will, belohnt Spekulation und macht jede sinnvolle Stadtteilentwicklung kaputt. »Zurück auf Los!« muss die Devise jetzt lauten. Damit der horrend Bodenpreis wieder gesenkt werden kann, braucht es eine sogenannte Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Damit beginnt der Einstieg in eine soziale und nachhaltige Entwicklung für das Holstenareal und die umliegenden Quartiere. Dass mittlerweile auch der Senat einen Kauf des Grundstücks erwägt, ist gut. Aber auf gar keinen Fall darf das zu den Mondpreisen der Adler Group erfolgen.

Auch die Neuvertragsmieten explodieren

Von Michael Joho

Der Senat, insbesondere seine sozialdemokratisch geführte Wohnungspolitik, steckt in der Krise. Während bundesweit die hamburgische Wohnungspolitik immer noch als vorbildlich und nachahmenswert propagiert wird und die erste Reise außerhalb der Hauptstadt die neue Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) eben deswegen nach Hamburg führt, stellen sich die hiesigen Verhältnisse doch recht irdisch dar:

- 7,3% Erhöhung der Durchschnittsmiete von 8,66 Euro/qm (2019) auf 9,29 Euro/qm (2021) laut aktuellem Mietenspiegel, die höchste Steigerung seit Jahrzehnten;
- nahezu eine Halbierung des Neubaus öffentlich geförderter Wohnungen im vergangenen Jahr (von 3.472 Fertigstellungen 2020 auf lediglich 1.895 in 2021);
- und jetzt noch die jüngste Hiobsbotschaft des Statistikkamtes Nord vom 16. Mai, dass auch insgesamt die Zahl der fertig gestellten Wohnungen im letzten Jahr »deutlich gesunken« sei, nämlich auf 7.461 Wohneinheiten und damit um 33,8% weniger als im Vorjahr (da waren es noch 11.269).

Auch andere Baustellen geraten derzeit immer stärker in die öffentliche Kritik, wie z.B. der geplante Elbtower nahe den Elbbrücken (dagegen regt sich selbst in der SPD-Spitze Widerstand), das ehemalige »ESSO«-Grundstück an der Reeperbahn (nicht einen Spatenstich hat es seit Jahr und Tag für das lange diskutierte Paloma-Quartier gegeben) und vor allem die Auseinandersetzung um das Holstenareal in Altona (wo die Stadt durch den Verzicht auf ihr Vorkaufsrecht die ganze Spekulationsblase überhaupt erst in Gang gesetzt hat). Aber lassen wir diese Fälle beiseite und konzentrieren uns auf die Wohnungspolitik der wankenden Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD), genauer, auf die Mietenentwicklung in der Stadt.

Und da hat am 9. Mai der Profilkurs Geografie des Gymnasiums Ohmoor die Ergebnisse seiner diesjährigen Mietenstudie präsentiert. Seit 1986 wertet der Wahlkurs Geografie alljährlich die Wohnungsinserate für Hamburg und die unmittelbare Umgebung aus, um daraus Werte für den realen Wohnungsmarkt zu errechnen. Im Frühjahr 2022 konnten die 20 beteiligten Schüler:innen mehr als 8.000 anonymisierte Datensätze mit Mietwohnungsanzeigen alleine von der



Zu Gast beim Mieterverein zu Hamburg: Der Geografie-Kurs des Ohmoor-Gymnasiums bei der Vorstellung seiner diesjährigen Mietenstudie (Foto: M. Joho)

Immowelt AG auswerten, sie wurden darüber hinaus durch Angaben von weiteren Immobilienplattformen ergänzt. Dieses großartige Projekt liefert nun schon seit Jahrzehnten wichtige Hinweise zur Mietenentwicklung in Hamburg, den Stadtteilen und auch den Nachbargemeinden. Und so ist die »Ohmoor-Studie« längst zu einem stehenden Begriff, zu

einem Qualitätsmerkmal geworden, das großen Widerhall in den Medien findet und von den Wohnungsverbänden regelmäßig verdammt wird. Schauen wir uns zunächst die Hauptaussagen der Studie an, die die beteiligten Lehrer Christopher Gnann und Carl-Jürgen Bautsch und den Schüler:innen für die Pressemappe zusammengestellt haben:

Bei genauerer Betrachtung ist uns Folgendes aufgefallen:

- ❶ Wir haben für dieses Frühjahr eine durchschnittliche Kaltmiete von 14,25 Euro pro Quadratmeter für Hamburg festgestellt. Das ist nach 13,40 €/m² im Vorjahr eine Steigerung von 6,3%.
- ❷ In den sechs Umlandkreisen gibt es einen noch deutlicheren Anstieg von 7,2%.
- ❸ Kräftige Steigerungen bei den verlangten Mieten bei gleichzeitig hohen Angebotszahlen gab es in Barmbek (174 Angebote) mit + 32%. Auch in anderen Stadtteilen gab es ein nennenswertes Angebot von über 50 freien Wohnungen mit deutlichen Steigerungen: Billstedt +16,8%, Bahrenfeld +16,1%, Harburg +12,6%, Rotherbaum + 11,5%.
- ❹ Ein großes Angebot von mehr als 50 Mietwohnungen mit deutlichen Preisnachlässen verzeichneten wir in Altona -13,8%, Wilhelmsburg -11,1% und Bergedorf -10,5%.
- ❺ Spitzenreiter bei den Mieten war die HafenCity: Mittelwert aus 42 Angeboten = 22,09 €/m².
- ❻ Günstigen Wohnraum gibt es nördlich des Elbtals nur noch in Steilshoop (9,57€/m²). Auch Neuenfelde, Finkenwerder und Neuengamme liegen noch unter 10 Euro/m².
- ❼ Die angebotenen Wohnungsgrößen gehen im vierten Jahr in Folge zurück, von 85 auf nun 67 m². Das Gesamtangebot ist deutlich zurück gegangen, hat sich also verkappt.

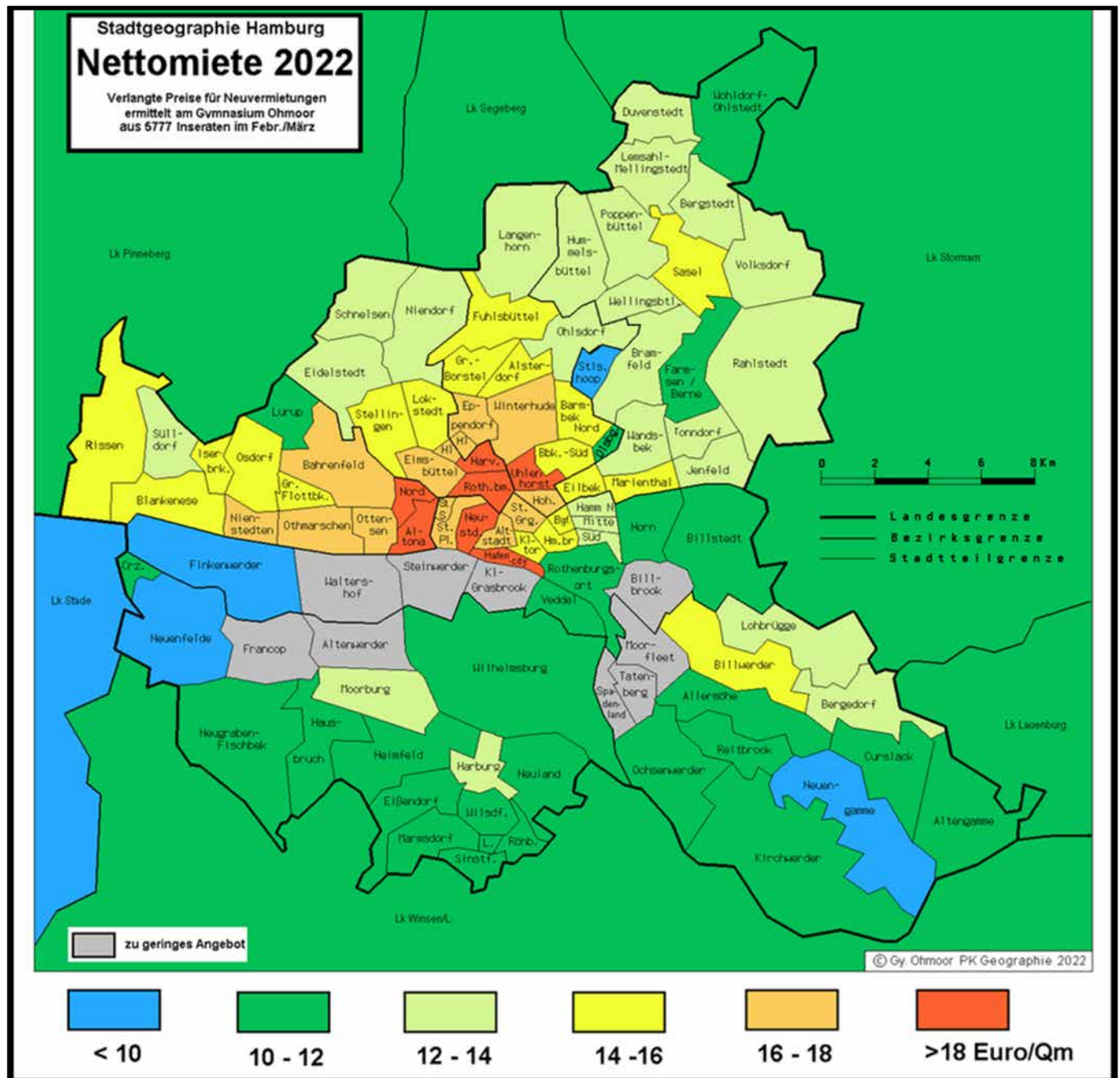
Die wichtigste Aussage der Studie lautet also, dass die durchschnittlichen Angebotspreise einen sprunghaften Anstieg erlebt haben. Waren im Frühjahr 2021 noch durchschnittlich 13,40 Euro je Quadratmeter Mietwohnraum aufzubringen, ist der Wert ein Jahr später auf 14,25 Euro/qm emporgeklettert, eine Steigerung von 6,3% innerhalb eines einzigen Jahres. Zum Vergleich, die ortsübliche Vergleichsmiete laut Mietenspiegel 2021 soll 9,29 Euro/qm betragen. Eine der auf der Pressekonferenz präsentierten Grafiken zeigt den drastischen Anstieg der Angebotsmieten von 11,83 Euro (2014) auf die besagten 14,25 Euro, ein Zuwachs in gerade mal acht Jahren von 2,42 Euro.



Hinter dieser Steigerung der Angebotsmieten um mehr als 20% sind die Reallöhne im betreffenden Zeitraum gnadenlos zurückgeblieben, laut Statistischem Bundesamt sind sie in den letzten beiden Jahren sogar zurückgegangen – in 2020 um 1,1% und in 2021 um 0,1% (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_127_62321.html;jsessionid=173DEA0AB7209EB68BCF904509DBCDE3.live741).

Die Ohmoor-Studie enthält noch eine ganze Reihe weiterer Zahlen und Fakten. Interessant ist beispielsweise die Grafik über die Nettomiete (*siehe Abbildung nächste Seite*), also die verlangten Preise für Neuvermietungen, basierend auf der Auswertung von 5.777 Wohnungsinseraten zwischen Februar und April 2022. Daraus ergibt sich, dass die höchsten Nettomieten mit mehr als 18,00 Euro/qm in den innenstadtnahen Vierteln Altona (18,38 Euro), Rotherbaum (19,93 Euro), Harvestehude (18,97 Euro), Uhlenhorst (18,33 Euro), Neustadt (18,37 Euro) und HafenCity (22,09 Euro) zu verzeichnen sind. Unter 10,00 Euro/qm liegen danach nur noch Steilshoop (9,57 Euro) und die bevölkerungsmäßig kleinen Stadtteile Finkenwerder (9,55 Euro) und Neuenfelde (9,97 Euro). Wer sich ein genaues Bild über die Einzelwerte nahezu sämtlicher Stadtteile machen möchte, findet dazu die Angaben in der Pressemappe, doch leider ist die betreffende Liste nicht ins Netz eingestellt worden (www.bautschweb.de/mieten/mieten.htm). Vielleicht kann sie auf Anfrage Interessierten geliefert werden?

Wie schon in den Vorjahren wurde die Studie in den Räumen des Mietervereins zu Hamburg vorgestellt. Moderiert in diesem Zusammenhang und in dieser Funktion übrigens erst-



mals von Dr. Rolf Bosse, dem frisch gewählten Vorsitzenden des Mietervereins, dem wir auch auf diesem Wege herzlich gratulieren. In seiner Pressemitteilung zur neuen Mietenstudie (www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung/sprunghafter-anstieg-der-neuvertragsmieten-nach-kurzer-atempause/index.html) kritisierte Bosse, dass die 2015 eingeführte Mietpreisbremse eigentlich nur eine Überschreitung von zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete vorsehe, dass aber die Neuvertragsmieten de facto um rund 53 Prozent über der Durchschnittsmiete lägen. »Hier besteht dringender Nachholbedarf!« Eine Forderung, die auch von den Schüler:innen erhoben wurde, die ihrer Sorge Ausdruck verliehen, in nächster Zukunft – in der Ausbildung oder im Studium – keine bezahlbare Wohnung zu finden.



Seit dem 21. April neuer Mietervereinsvorsitzender: Dr. Rolf Bosse, hier bei der Eröffnung der Ohmoor-Presskonferenz (Foto: M. Joho)

Wen die anhaltenden Mietensteigerungen nerven und wer sie einfach mal wegtanzen möchte, der/dem sei ein neuer Song des Hamburger Musikers **Knarf Rellöm** (alias Frank Möller) empfohlen. Er trägt den schnörkellosen Titel **»Die Mieten sind zu hoch«**, geht in die Beine und könnte sicher so manche Demonstration gegen die Mietenexplosion bereichern. Hörst du hier: www.youtube.com/watch?v=NxC1jKRFNsc.

Von der »normalen« in die »gute« Wohnlage?

Zu den Absonderlichkeiten des alle zwei Jahre neu vorgelegten Mietenspiegels gehört das im selben Rhythmus überarbeitete Wohnlagenverzeichnis – wir haben das Thema im BB verschiedentlich aufgegriffen. Das zurzeit gültige Wohnlagenverzeichnis regelt die Einstufung von 23.421 Blockseiten (Straßenabschnitte, meist gelegen zwischen zwei Querstraßen, wobei jede Straßenseite eine eigene Blockseite darstellt) einerseits in die »normale« Wohnlage, andererseits in die »gute« Wohnlage. Die unterschiedliche Einstufung in das jeweilige Rasterfeld des Mietenspiegels hat bei gleicher Größe und Ausstattung etc. Mietunterschiede von 50, 100 und mehr Euro pro Monat zur Folge.

Tatsächlich sind Ende 2021 genau 15.163 Blockseiten (= 64,7%) in die normale Wohnlage einsortiert worden, 297 weniger als 2019. Dagegen hat die Zahl der Blockseiten in angeblich guter Wohnlage von 7.824 im Jahre 2019 auf 8.258 (= 35,3%) in 2021 zugenommen. Die Mieter:innen dieser betreffenden 434 Blockseiten – das sind mehrere tausend Wohneinheiten – werden sich großenteils umschaun, wenn die ins Haus flatternde Mieterhöhung dieses Mal besonders hoch ausfällt, weil sich der/die Vermieter:in auf die veränderte Wohnlage beruft. Und das oftmals ohne irgendeine erkennbare Veränderung, denn ausschlaggebend für die Neueinstufung sind ausgerechnet der Bodenrichtwert und der dubiose, recht willkürlich definierte »Statusindex« (was die Linksfraktion schon seit Jahren kritisiert). »Ich wohne plötzlich in einer »guten Gegend« – und weiß nicht, warum«, titelte die »Hamburger Morgenpost« am 24. Februar. Darin wird der Fall von Uwe



Aus der »Mietenspiegel-Karte«, die sämtliche Blockseiten in Hamburg aufführt, in rot die »normale«, in blau die »gute« Wohnlage (www.hamburg.de/karte-online-mietenspiegel)

Harich geschildert. Er wohnt in der Mansteinstraße, seine Wohnung ist qua neuer Blockseiten-Einstufung seit Dezember 2021 in der »guten Wohnlage«, die Straßenseite gegenüber ist in der »normalen Wohnlage« verblieben.

Von ihrer Wut über die durch nichts begründete Hochstufung in die gute Wohnlage berichtet nachfolgend Marion Beeck, der wir für ihren sehr persönlichen Beitrag herzlich danken.

Wie sich die Lage meines Wohnhauses veränderte und keiner der Bewohner es bemerkte

Von Marion Beeck

Ich wohne seit dreißig Jahren in diesem Haus und damit länger, als ich jemals irgendwo anders gewohnt habe. Ich fühle mich hier zuhause. Und das, obwohl ich zunächst gar nicht hier einziehen wollte. Das Haus, in dem ich wohne, befindet sich in Uhlenhorst, an einer vierspurigen Straße, direkt an einer Kreuzung, wo sich vier Straßen treffen. Wenn ich die Fenster zur Straße öffne, kann ich mich nicht unterhalten, denn der Verkehr ist sehr laut. Es fahren auch Linienbusse quasi durch mein Wohnzimmer. Abends und am frühen Morgen werden die meiner Haustür gegenüberliegenden Lebensmittelgeschäfte beliefert. Das geschieht weder geräuschlos

noch ohne Abgase. Auch die wandern direkt in mein Wohnzimmer.

Im Parterre meines Hauses befindet sich ein Restaurant. Dort kann man sehr gut essen, auch draußen. Auch spät. Die Gäste unterhalten sich natürlich – unter meinem Wohnzimmerfenster. Manchmal steht das Restaurant für Feiern zur Verfügung. Da fängt die Party gegen Mitternacht erst richtig an und dauert auch schon mal bis zwei Uhr morgens. Die Musik höre ich in jedem Zimmer, auch auf der anderen Seite des Hauses, im Schlafzimmer. Dieses liegt über dem Innenhof, in dem sich die Mülltonnen befinden, in die auch die Mitarbei-

ter:innen des Restaurants ihren Abfall entsorgen, und zwar dann, wenn das Restaurant schließt, also gegen Mitternacht, auch mal später. Die Mitarbeiter:innen öffnen und schließen die Deckel der Tonnen und manchmal auch etwas lauter. Aggressionen ablassen. Im Übrigen befinden sich in diesem Innenhof noch die Dinge, die die Restaurant-Inhaber oder auch andere Leute gerade nicht brauchen. Wenn die Gegenstände besser erhalten wären, könnte man vielleicht denken, ein Flohmarkt würde geplant.

Die Küche des Restaurants liegt auch hinten, unter meinem Schlafzimmer. Die Tür öffnet sich zum Innenhof, zum Müll, zum Sperrmüll. Wenn in der Küche gearbeitet wird, bleibt die Tür offen, verständlicherweise. In jeder Hinsicht, man versteht dann jedes Wort, was der eine Koch dem anderen zuschreit. Wenn die Teigmaschine im Restaurant läuft, klirren in meiner Küche die Gläser im Schrank. Wenn die Mitarbeiter:innen des Restaurants in einer Pause mit Zuhause telefonieren, tun sie das im Innenhof. Zuhause ist im südlichsten Südeuropa, also weit weg, und da muss man laut sprechen, damit Mama versteht, was man sagt.

Das alles ist schon viel länger so, als ich hier wohne. Mein Wohnhaus befand sich in normaler Wohnlage.

Aber seit Kurzem, also seit drei Jahren, steht hinter dem Innenhof, hinter einer bröckelnden Mauer, die noch zum Grundstück gehört, auf dem ich wohne, da, wo vorher Bäume standen und Eichhörnchen hüpfen und der Specht in die Lärche hämmerte und man bis zur Parallelstraße gucken konnte, ein neuer Wohnklotz. Eigentumswohnungen, Penthäuser, 1,8 Mio. Euro zuzüglich Garagenplatz.

Der Bau war zunächst aufgrund einer Klage der Besitzer:innen der umliegenden Häuser per Gerichtsbeschluss gestoppt worden. Er sei zu groß für die Fläche, zu dicht an den umliegenden Häusern, diese bekämen nicht mehr genügend Licht. In der zweiten Instanz wurde der Baustopp bestätigt.

Dann wurde das Bauprojekt umbenannt, die Pläne angeblich geändert, und dann hatten wir Jahre lang die Hölle. Der Baulärm war unbeschreiblich. Der Dreck machte die Balkone unbenutzbar. Wer konnte, suchte sich eine andere Wohnung. Wer nicht konnte, musste das ertragen.

Jetzt ist der Baulärm vorbei. Jetzt hören wir nur noch die jedes Wort, das die Bewohner dieses Hauses auf einem der Balkone sprechen. Statt ins Grüne gucken wir auf verspiegelte Fenster. Der Specht ist weg, die Eichhörnchen auch, 17 Bäume sind kurz vor Baubeginn erkrankt und mussten gefällt werden. Die Zufahrt zum neuen Wohnhaus ist ein drei Meter breiter Durchgang zwischen zwei Nachbarhäusern. Angeblich ist der Brandschutz gewährleistet, aber niemand kann ernsthaft glauben, dass ein Löschfahrzeug auf dieses Grundstück gelangt. Wenn es dort einmal brennen sollte, hat das Feuer längst das Gebäude-Ensemble, in dem ich wohne, in Asche gelegt. Die Eigentumswohnungen befinden sich quasi hinter einem Schutzwall, der den Straßenlärm, die Abgase, den Dreck abhält. Diesen Schutzwall bildet das Haus, in dem ich zur Miete wohne.

Und genau dadurch hat sich die Lage »meines« Hauses verändert. Es befindet sich jetzt nicht mehr in einer normalen, sondern in einer guten Wohnlage. Von uns Mietern unbemerkt, ist es gewandert, in eine Grünzone, abseits vom Lärm einer vierspurigen Straße und einer Kreuzung von fünf Straßen. Und das hat natürlich seinen Wert. Der Wert drückt sich in einer 15%igen Mieterhöhung aufgrund des neuen Mietenspiegels und der darin manifestierten guten Wohnlage aus.

Bloß meine Nachbarn und ich, wir denken immer noch, dass wir an dieser vierspurigen Straße über dem Restaurant und neben der Sperrmüllhalde wohnen. Wir haben einfach noch nicht begriffen, wie viel besser jetzt unsere Wohnlage ist. Mit uns stimmt wohl etwas nicht.

Tipps und Termine

Nicht zum ersten Mal geben wir hier das Datum des diesjährigen **Erdüberlastungstages** bekannt: Es war der 4. Mai, an dem nach Berechnungen der Umweltorganisation Global Footprint Network die Deutschen mit ihrer Lebensweise die gesamten Ressourcen verbraucht haben, die binnen eines Jahres nachwachsen. Seit dem 5. Mai also leben wir Deutschen auf Kosten unseres Planeten und schmälern täglich seine Bestände. **Wenn alle Menschen so wirtschaften wie die Deutschen, bräuchten wir drei Erden**, so Wolfgang Lührsen, der stellvertretende Vorsitzende des BUND Hamburg, am 4. Mai im »Hamburger Abendblatt« (www.abendblatt.de/politik/article235246649/klima-

[krise-erduerbelastungstag-ressourcen-schonend-radikales-umdenken-von-naturschuetzern-gefordert.html](http://www.abendblatt.de/politik/article235246649/klima-krise-erduerbelastungstag-ressourcen-schonend-radikales-umdenken-von-naturschuetzern-gefordert.html)).

Diese schöne Meldung geben wir doch eins zu eins weiter: **Fuss e.V., der Fachverband Fussverkehr Deutschland**, lobt 2022 erstmals einen **Fußverkehrspreis** aus und ruft alle Städte auf, sich zu bewerben. Der Preis prämiert Städte und Gemeinden für gehfreundliches Bauen oder Erneuern. »Gesucht werden bereits umgesetzte oder sich aktuell in der Realisierung befindende, innovative wie auch möglichst kosteneffiziente bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs in Städten und Gemeinden, die zur Nachahmung weiterempfohlen werden können. Dabei kann es sich beispielsweise um ein Maßnahmenpaket in einem Quartier, um Umbau- und Gestaltungsmaßnahmen in mehreren Straßen und auf Plätzen oder auch um fuß-

verkehrsfreundliche Neubau- bzw. Umstrukturierungsgebiete handeln.« **Bewerbungsschluss ist der 1. Juli 2022.** Mehr Infos unter www.fuss-ev.de/?view=article&id=844:neuer-fussverkehrspreis-staedte-bitte-bewerben&catid=83.



Wie schon des Öfteren an dieser Stelle betont, die Materialien des **Statistikamtes Nord** lohnen immer mal wieder einen Blick. Am 9. Mai ist eine neue Ausgabe der »Statistischen Berichte« erschienen, das Thema ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen 2021. Die wichtigsten Ergebnisse: **710.579 Bürger:innen oder »37,4 Prozent aller Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Migrationshintergrund.** Gegenüber dem Vorjahr stieg der Anteil um 0,7 Prozentpunkte. Besonders hohe Anteile gab es demnach in Billbrook (85,4 Prozent), Veddel (75,5 Prozent) und Neuallermöhe (65,5 Prozent). In den Stadtteilen Spadenland (9,3 Prozent), Reitbrook (10,3 Prozent) und Neuengamme (11,4 Prozent) lebten dagegen anteilig besonders wenig Menschen mit Migrationshintergrund. Die drei häufigsten Bezugsländer waren Türkei, Polen und Afghanistan.« Wenn die Zahlen bis auf die einzelnen Stadtteile hinuntergerechnet interessieren, schaut hier: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_1_10_j_H/A_1_10_j21_HH.pdf.

Wer eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen möchte, kann neuerdings im Netz prüfen, ob der eigene Haushalt Anspruch auf einen **Wohnberech-**

tigungsschein hat. Die von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen eingerichtete Serviceportal-Seite findet sich im Netz unter www.hamburg.de/wohnberechtigungsschein. Der Zugang zu der gewünschten Information erscheint auf den ersten Blick recht einfach, allerdings fällt für die Beantragung der nötigen Unterlagen eine Gebühr zwischen 9 und 20 Euro an. Wohnberechtigungsscheine konnten bisher nur in den Bezirksämtern beschafft werden, nun geht das also **auch digital**. Dringlichkeitsscheine müssen dagegen weiter im Bezirksamt beantragt werden.

Erfreulicherweise sollen die **Durchschnittsmieten bei den Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften mit 7,10 Euro pro Quadratmeter** weit unter dem Wert des Mietenspiegels (seit Dezember 2021 liegt er bei 9,29 Euro) liegen. Das meldete zurecht stolz der Verein Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften in einer Presseerklärung vom 4. Mai (www.presseportal.de/pm/150884/5213334). Vermeldet wurde allerdings auch, dass der Neubau von 1.025 Wohneinheiten in 2021 bei diesen Baugenossenschaften gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von 562 Wohnungen eingebrochen sei.

Am 22. April hat der **Gutachterausschuss für Grundstückswerte den neuen Immobilienmarktbericht 2022** vorgelegt. Auf über 200 Seiten finden sich darin alle möglichen Daten zur Entwicklung auf dem Hamburger Grundstücksmarkt. Da geht es unter anderem um Umsatzzahlen und Grundstückspreise, alles in Zahlenreihen und Tabellen abgetragen. Hier nur einiges zu den **Preisen von Wohnimmobilien** in Kurzform: »Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser einschließlich Grundstück stiegen um 17 % an. Ein frei stehendes Einfamilienhaus kostete im Mittel 1.223.000 Euro, ein Mittelreihenhaus 583.000 Euro. Bei Eigentumswohnungen lagen die Preise 15 % über dem Niveau des Vorjahres. Eine Neubauwohnung in mittlerer Lage mit Fahrstuhl und Einbauküche kostete 7.400 Euro pro m² Wohnfläche, eine gebrauchte Eigentumswohnung kostete durchschnittlich 6.200 Euro pro m² Wohnfläche. Die Quadratmeterpreise für Mehrfamilienhäuser lagen 2021 mit 4.300 Euro pro m² Wohnfläche 12 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Durchschnitt wurde das 32,5-Fache der Jahresnettokaltmiete gezahlt. Die Preise von Einfamilienhausbauplätzen stiegen 2021 um 18 %. Ein Einfamilien-Einzelhaus-Bauplatz kostete 2021 durch-

schnittlich rund 705.000 Euro und war im Mittel 862 Quadratmeter groß. Bei Mehrfamilienhaus-Bau- plätzen gab es einen Preisanstieg um 16%. Im Mittel wurde 2.200 Euro pro Quadratmeter zu errichtender Wohnfläche gezahlt.« Den gesamten Bericht gibt es kostenfrei im Netz unter www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16102200/2022-04-22-immobilienmarktbericht-2022/



Hier passt vielleicht die jüngst vorgelegte Analyse des Immobilienmarkts Dahler & Company hin, der sich darin laut NDR-Pressemeldung vom 5. Mai auf die Abteilung obszöner **Luxus-Immobilien** konzentriert hat. Denn deren Nachfrage steigt und zwar sprunghaft. Im vergangenen Jahr wurden laut Angabe des Immobilienentwicklers **66 % mehr Eigentumswohnungen für mehr als 10.000 Euro pro Quadratmeter verkauft** als im Jahr zuvor. Insgesamt 533 Luxus-Wohnungen sollen es gewesen sein, zu einem Durchschnittspreis von schlappen 1,4 Mio. Euro. Ganz vorne ist – natürlich – die HafenCity. Dort lag der Quadratmeterpreis eines Penthouses bei 34.000 Euro pro Quadratmeter. Die zwei teuersten Eigentumswohnungen lagen erforderten jeweils 11 Mio. Euro. Aber das ist ja fast noch

nichts gegen Blankenese: Dort wechselte eine Villa zum Spottpreis von 27,5 Mio. Euro den Besitz. 460 Häuser im Wert von mehr als 1 Mio. Euro wurden im vergangenen Jahr verkauft (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Deutlich-mehr-Luxus-Immobilien-in-Hamburg-verkauft,luxusimmobilien108.html).

Am 1. Juni erscheint die neue Nummer der **WSI-Mitteilungen**, das wissenschaftliche Periodikum der gewerkschaftlichen **Hans-Böckler-Stiftung**. Das Schwerpunktheft dreht sich um die **Wohnungsfrage**, mit Beiträgen u. a. von Dieter Läpple (»Wohnen, Arbeit und Klimawandel«), Andrej Holm (»Projekte, Instrumente und Konzepte einer alternativen Wohnungspolitik«) und Saskia Gränitz (»Dimensionen der neuen Wohnungs-Not«). Das Einzelheft kostet 16,90 Euro. Näheres und Bestellmöglichkeit unter www.wsi.de/de/41170.htm.



Einen sehenswerten Beitrag hat das **ZDF** in der Reihe »Die Spur« am 11. Mai gebracht. **Das Milliardenengeschäft mit dem Boden. Warum Wohnen unbezahlbar wird**, ist diese **28-minütige Dokumentation** überschrieben. In dem aufschlussreichen Film von Jonas Seufert und Marcel Siepmann geht es um die Wohnungsnot und die Bodenspekulation, die den Menschen das Leben schwer macht, der privaten Wohnungswirtschaft aber um so mehr Gewinne in Milliardenhöhe beschert. Und der Staat schaut zu... In dem noch bis Mai 2024 in der ZDF-Mediathek eingestellten Beitrag kommen nicht zuletzt auch Mitglieder der Altonaer Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten« zu Wort. Guckst du hier: www.zdf.de/dokumentation/die-spur/wohnen-immobilien-grundstueckspreise-bauland-spekulation-100.html.

Ebenfalls um **steigende Bodenpreise** und die Frage, **»Wird Wohnen unbezahlbar?«**, geht es in einem sie-

benminütigen Beitrag, der am 16. Mai im **NDR-Kulturjournal** gelaufen und in der Mediathek noch bis Mai 2023 abzurufen ist. »Boden ist endlich aber er wird dringend gebraucht. Er ist zum Spekulationsobjekt geworden, steigt und steigt im Wert. Zwischen 1962 und 2017 im Durchschnitt um sagenhafte 2.308 Prozent. Boden wird quasi gerade vergoldet. Ihn braucht man, um Häuser oder Wohnungen überhaupt bauen zu können. Und die wollen und sollen gebaut werden. Und eben der Boden ist ein nicht unwichtiger Faktor, wie teuer die Miete oder der Hausbau am Ende wird. Eine anscheinend unendliche Spirale nach oben. Wie kann der Einhalt geboten werden? Wie schaffen wir es, dass Wohnraum noch bezahlbar bleibt oder wieder wird?« Ein Fernsehbeitrag mit Beispielen aus Braunschweig, Hannover und vom Holstenareal in Hamburg (www.ndr.de/fernsehen/sendungen/kulturjournal/Steigende-Bodenpreise-Wird-Wohnen-unbezahlbar,kulturjournal8666.html).



Caren Lay, Wohnungspolitikerin der Linksfraktion im Bundestag

Hier sei ein bemerkenswerter, womöglich auch für Hamburg richtungsweisender Vorschlag von **Caren Lay**, der wohnungspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zitiert. Während Bundesbauministerin Klara Geywitz auf der von ihr einberufenen Auftaktveranstaltung des »Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum« immerhin eingestehen muss, dass Wohnungen in Deutschland absolute »Mangelware« seien, wird Caren Lay sehr viel konkreter und fordert kurzerhand, dass **in Innenstädten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur noch Sozialwohnungen** neu gebaut werden sollen. Ihr am 26. April vorgelegtes Programm »**Neubau richtig machen – Sozial & gemeinnützig von Anfang an!**« mit vier weiteren Hauptforderungen (Neue Gemeinnützigkeit, dauer-

hafte Sozialbindung, Boden als Gemeingut, Büros zu Wohnraum) gibt es hier: www.caren-lay.de/de/article/1701.neubau-richtig-machen-sozial-gemeinn%C3%BCtzig-von-anfang-an.html.

»Ukraine-Kriegsflüchtlinge und gestiegene Zuwanderung treffen auf Sozialwohnungsnot«, so charakterisiert das **Verbändebündnis Soziales Wohnen** eines der Kernprobleme dieses Landes. Am 27. April legte der Zusammenschluss von Mieterbund, Caritas, IG Bauen-Agrar-Umwelt, die Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau sowie der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel eine neue **Studie** zum Thema **Bezahlbarer Wohnraum 2022** vor. Auf 36 Seiten führt das beauftragte, renommierte Pestel-Institut aus, wie Neubau, Umbau und Klimaschutz entwickelt werden müssen, um dem »sozialen Drama« auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Die Studie setzt sich insbesondere mit dem erklärten, ansatzweise schon wieder infrage gestellten Ziel der Bundesregierung auseinander, in Zukunft pro Jahr 400.000 Wohneinheiten, davon 100.000 Sozialwohnungen, zu schaffen. Das bereits im Januar 2022 abgeschlossene Material gibt es hier: www.mieterbund.de/fileadmin/public/pdf_PM/Pestel-Studie_Bezahlbarer_Wohnraum_2022.pdf.



**Wohnungsbestände
in Mieter:innenhände**

Wir feiern 20 Jahre Wohnreform!
Mit einer **Fahrraddemo** am **11. Juni** ab **11 Uhr** fordern wir:

- bessere Bedingungen für selbstverwalteten genossenschaftlichen Wohnungsbau
- Bezahlbare Wohnungen für alle
- Mietschulden erlassen
- Mieten senken und

Zwei **Jahrzehnte Wohnreform eG**, das ist schon ein großes Ereignis, längst nicht nur für die fünf Wohnprojekte, die dank dieser eingetragenen Genossenschaft das Licht unserer Metropole erblicken durften. Am **Samstag, den 11. Juni**, wird das Jubiläum groß begangen, zunächst mit einer Fahrraddemo zu den auf dem Plakat angegebenen Forderungen und Zielen. Um 15.00 Uhr gibt es dann ein wunderbares Abschlussfest am Ochsenwerder Kirchendeich 1. Wer direkt dort hinfahren möchte: Ab ZOB mit dem Bus 124 bis Elversweg oder mit der S 21 nach Tiefstack, umsteigen in den Bus 124 bis Elversweg (etwa alle 20 Minuten). Zurück gehts ab Mitternacht jede Stunde mit dem 124er-Bus in 32 Minuten zum HBF.

Los geht's mit der Fahrraddemo am 11. Juni um 11 Uhr



Empfohlen seien zwei interessante **Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** im Juni (www.hamburg.rosalux.de). Am Mittwoch, den 15. Juni, 15.30 bis 17.30 Uhr, geht es auf einen **Stadtrundgang zur Kolonialgeschichte Hamburgs: Aufstieg, Ausbeutung und Aufstände** lautet der Titel. »Seit dem 17. Jahrhundert verdient die Hafenstadt Hamburg an Europas kolonialer Expansion und während des Kaiserreichs wird die Stadt Deutschlands »Tor zur kolonialen Welt«. Auch heute noch lassen sich zahlrei-

che Spuren im Stadtbild finden. Einige dieser Spuren werden bei dem Stadtrundgang des Historikers und Gedenkstättenpädagogen Martin Reiter zum Anlass genommen, um exemplarisch darzustellen, wo der unermessliche Reichtum der einflussreichen Kaufleute herkam.« Die Teilnahmegebühr wird vor Ort eingesammelt (https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/KVINS/aufstieg-ausbeutung-und-aufstaende?cHash=0c760e6da1d3c00ac218003d51d97621).



Und am **Dienstag, den 28. Juni**, 17.00 bis 19.00 Uhr, bewegt sich eine **Fahrrad-Exkursion der RLS** ebenfalls von Martin Reiter **Auf den Spuren des Arbeitererziehungslagers Wilhelmsburg (1943-1945)**. »Das Arbeitererziehungslager (AEL) Wilhelmsburg wurde im April 1943 auf Antrag der Gestapo Hamburg eingerichtet. In den Planungen 1941 waren die AEL noch maßgeblich zur »Disziplinierung« deutscher Arbeiter gedacht. Je mehr aber ausländische Zwangsarbeiter:innen eingesetzt werden, finden sich diese unter den Häftlingen des AEL – aus mindestens 15 Ländern, darunter große Teile der ehemaligen chinesischen Community aus St. Pauli. Den Häftlingen sollte jeglicher Widerstandswille durch besondere Härte während der befristeten Haftzeit gebrochen werden. Mindestens 182 Menschen überlebten die Haftzeit in Wilhelmsburg jedoch nicht. Diejenigen, die überleb-



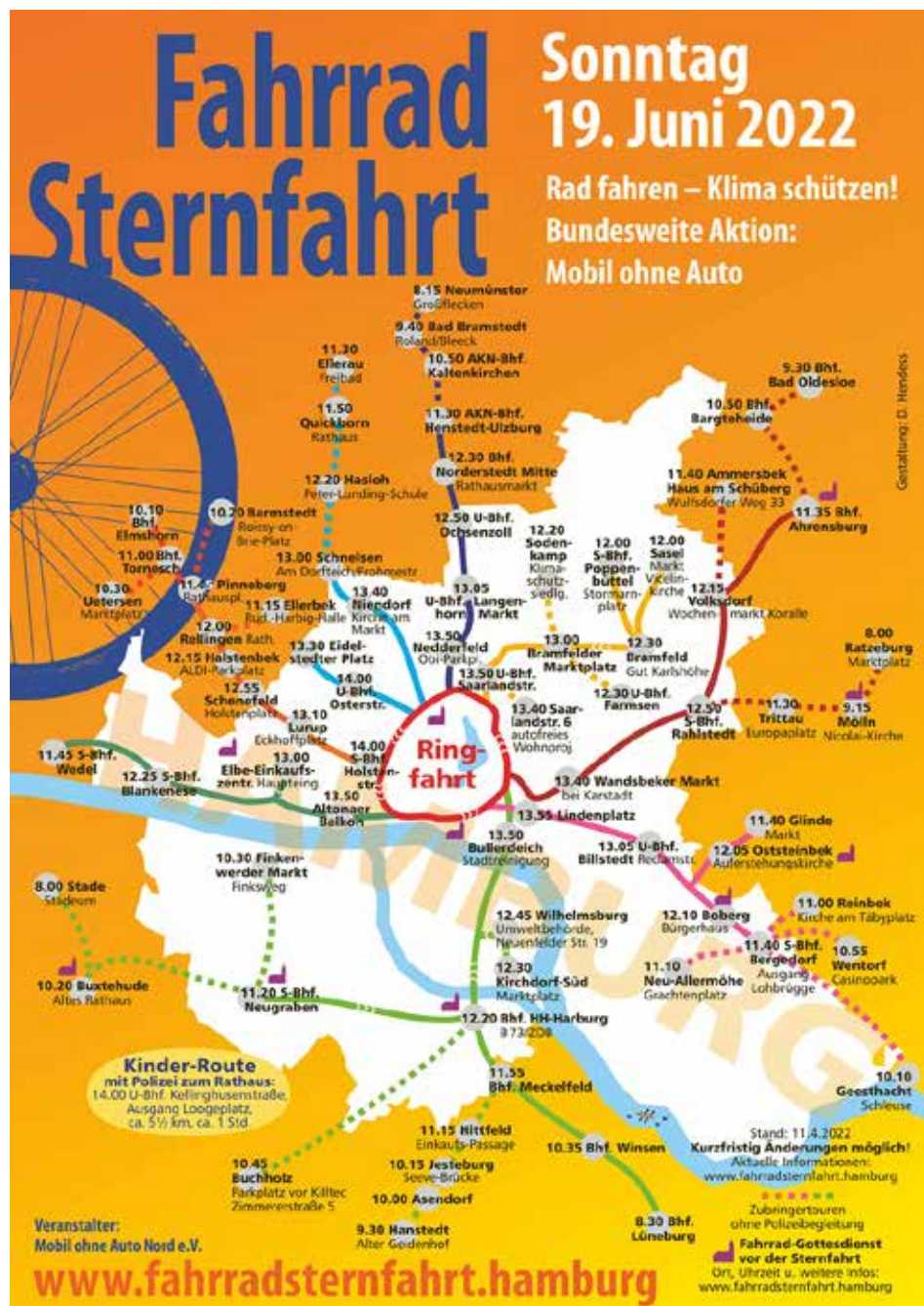
ten, kamen schwer gezeichnet in die Betriebe zurück, wo sie dem Rest der Belegschaft als Abschreckung dienen sollten« (https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/Q7QZK/auf-den-spuren-des-arbeitererziehungslagers-wilhelmsburg-1943-1945?chash=b79843dfc1728176041bd0adaeb95e70).

Die Teilnahmegebühr beträgt in beiden Fällen 5,00 Euro, eine Anmeldung ist vonnöten (anmeldung@rls-hamburg.de).

Auch wenn es noch ein wenig hin ist, aber am **Sonntag, den 19. Juni**, steigt die nächste **Fahrrad-Sternfahrt**, in diesem Jahr unter der Parole **Red fahren – Klima schützen!** Gestartet wird am Vormittag von insgesamt acht Punkten, um sich dann gemeinsam über unterschiedliche Routen in Richtung Innenstadt zu bewegen. Coronabedingt wird es keine Abschlusskundgebung auf dem Rathausmarkt geben, vielmehr werden am Ende, d. h. gegen 14.00 Uhr auf eine Ringfahrt rund um die City einbiegen. Den Aufruf und nähere Informationen gibt es hier: www.fahrradsternfahrt.hamburg.

Wegen des Anmeldeschlusses am 15. Juni sei an dieser Stelle auch schon auf Hamburgs erstes **Netzwerk-treffen Denkmalschutz** hingewiesen. Es wird vom rührigen **Denkmalverein Hamburg** und findet statt am **Samstag, den 25. Juni**, von 14.00 bis ca. 19.00 Uhr in der Viktoria-Kaserne in Altona. Getagt wird an diesem Nachmittag vor allem in verschiedenen »Sessionen«, die der Gestaltung von Kam-

pagnen, erfolgreicher Pressearbeit, ergiebiger Archiv-
recherche und dem Wie in der politischen Lobbyarbeit
gewidmet sind. Hilfreiches Handwerkszeug für den/
die kleinen Denkmalschützer/in. Der Teilnahmebei-
trag für die Fachveranstaltung beträgt 22,00 Euro. Zu
weiteren Infos und zur Anmeldemöglichkeit geht es
hier: www.denkmalverein.de/netzwerktreffen-denkmalschutz-2022.



Fahrt an die polnisch-ukrainische Grenze

Von Patrick Walkowiak

Die Lage an der polnisch-ukrainischen Grenze ist nach wie vor desaströs. Zwar passieren weniger Geflüchtete die Grenze, allerdings ist gleichzeitig die Initiative von Privatpersonen und Hilfsorganisationen abgeebbt. So schrecklich es in diesem Zusammenhang klingt: Der Hype ist vorbei. Außerdem setzen die polnischen Behörden alles daran, die Geflüchteten möglichst schnell zu einer Weiterreise zu motivieren, jedoch fehlt es an geeigneten und vor allem kostenlosen Transportmitteln. Hinzu kommen rassistische Regularien von Transportunternehmen, die nur Menschen mit ukrainischem Pass eine kostenlose Weiterreise ermöglichen.



(Fotos von P. Walkowiak)

Wir als LINKE müssen uns mit den Schwächsten solidarisieren. Das sind unter anderem die Geflüchteten aus der Ukraine und die Menschen, die das von Krieg zerrüttete Land nicht verlassen können oder wollen. Der Hamburger Landesverband hat deshalb selbst die Initiative ergriffen und sich gegen diesen Trend gestellt. Durch die rege Spendenbereitschaft konnten wir die Aktion ermöglichen. Wir haben es durch die tatkräftige Unterstützung der LAG #praktischlinks geschafft, innerhalb einer Woche den Transfer von 55 Geflüchteten nach Deutschland zu organisieren. Aufgeteilt haben wir uns in acht Teams mit jeweils zwei Fahrenden, von denen sich fünf am Ostermontag und drei Teams am darauffolgenden Dienstag auf den Weg machten. Jedes Fahrzeug war beladen mit Hilfsgütern: Medikamente, medizinische Gebrauchsgegenstände, Hygieneartikel und haltbare Lebens-

mittel. Nachdem wir uns im Geflüchtetenlager in Przemyśl als Fahrende registriert hatten, luden wir die Spenden in ein Zwischenlager, von wo aus sie in die Ukraine gebracht wurden.

Genächtigt wurde in einem griechisch-katholischen Kloster. Neben uns waren viele Geflüchtete und Freiwillige in dem Kloster untergebracht, wofür die Nonnen nichts verlangten. Ein Mädchen, das aus der Ukraine geflüchtet ist, blieb mir dabei im Gedächtnis: Sie lud uns in die Ukraine ein, damit wir nach dem Krieg die Schönheit des Landes mit eigenen Augen sehen können. Sie erzählte uns von ihren Träumen, etwa, dass sie Pilotin werden wolle und welche Sprachen sie einmal beherrschen möchte. Eine ganz normale Teenagerin eben. Kurz danach brach sie in Tränen aus, da Teile ihrer Familie noch immer in Gefahr sind und das Land bisher nicht verlassen konnten.



Gestärkt durch ein Fastenfrühstück machten wir uns am nächsten Morgen auf den Weg zum Ankunftszentrum, um dort die Geflüchteten abzuholen. Ihnen wurde bereits die Tage zuvor von Freiwilligen »Tickets« für unsere Busse ausgestellt, damit es vor der Abfahrt kein Gedränge gibt. Manche hatten Verwandte oder Bekannte, die bereits in Deutschland sind, andere wären gerne in Polen geblieben, wenn die Kapazitäten für die Aufnahme von Geflüchteten dort nicht schon am Limit wären. Nach etwas Verzögerung und einer Polizeikontrolle ging es am Dienstagmorgen mit 35 Geflüchteten verteilt auf fünf Kleinbusse los. Leider standen wir im Feiertagsrückkehrstau, sodass wir nach zwölf Stunden Fahrt immer noch in Polen waren. Das letzte Team hat auf dem Rückweg fast 18 Stunden benötigt. Der zweite Konvoi, der von zwei Genossen aus Schleswig-Holstein unterstützt wurde, darunter auch dem Spitzenkandidaten Johann Knigge-Blietschau, hatte auf der Rückreise glücklicherweise weniger Probleme.

Viele der Geflüchteten waren komplett traumatisiert. Wenn sie sprachen, berichteten sie von ihrem zerstörten

Zuhause, Nächten in Bunkern und toten Verwandten und Freunden. Die Stimmung war sehr bedrückend.

Durch das Engagement von Carola Ensslen war es möglich, die Geflüchteten nach einem kurzen Aufenthalt in der zentralen Anlaufstelle größtenteils in private Unterkünfte zu bringen. Unter anderem hat es der Genosse Bernhard Stietz-Leipzig ermöglicht, eine achtköpfige Familie im Gemeinschaftsraum der Drachenbau Wohngenossenschaft unterzubringen, deren Vermittlung sich aufgrund der Personenzahl als äußerst schwierig herausstellte. Andere kamen bei Verwandten oder Bekannten unter. Manche präferierten auch die Unterbringung in städtischen Einrichtungen.

Die Erwartungen waren sehr unterschiedlich: Von Personen, die schnellstmöglich in Hamburg arbeiten möchten über Menschen, die weiterreisen wollen, bis hin zu Rückkehrwilligen, die bereits nach wenigen Wochen gerne wieder in die Ukraine zurückkehren würden, war alles dabei.

Die Konvois sollen nicht unsere letzte Aktion im Ukraine-Kontext gewesen sein. Derzeit plant die LAG #praktischlinks



eine weitere Fahrt, um Medikamente im größeren Umfang zu spenden und auf dem Rückweg wieder Geflüchtete mitzunehmen.

Zu den Perspektiven in der Ukraine

Es gibt derzeit viel, sehr viel Material aller Art zum Krieg in der Ukraine. Es dominiert – in kriegesischen Zeiten durchaus nachvollziehbar – die Berichterstattung über die militärische Situation und das Elend der Menschen. Nichtsdestoweniger sind vielleicht auch gerade von der Linken Aspekte und Einschätzungen zu erwarten und zu verlangen, die über das schreckliche Tagesgeschehen hinausgehen, sowohl nach hinten als auch nach vorne. Und so erlauben wir uns in der vorliegenden BB-Ausgabe, ein zwar schon vom 21. März datierendes Interview aufzunehmen, gleichwohl eröffnet es Perspektiven, die zu denken geben.

Das Interview erschien zuerst in der kroatischen Wochenzeitung *Novosti* (www.portalnovosti.com/volodimir-iscenko

zaustavljanje-rata-je-apsolutni-prioritet) und in deutscher Übersetzung bei der Rosa Luxemburg Stiftung (www.rosalux.de/news_2/id/46153/den-krieg-zu-beenden-hat-absolute-prioritaet). Wir danken der RLS einmal mehr für die Möglichkeit der Übernahme.

Bei dem von Jerko Bakotin interviewten Experten handelt es sich **Volodymyr Ishchenko**. Er ist Soziologe und Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Seine Arbeiten sind in einer Reihe prominenter Publikationen erschienen, darunter *The Guardian*, *Jacobin*, *New Left Review* und *LeftEast*. Lesen Sie, was der ukrainische Wissenschaftler über die Zukunft seines Landes und die Verantwortung der Linken zu sagen hat.

»Den Krieg zu beenden hat absolute Priorität«

Von Volodymyr Ishchenko

Die anhaltende russische Invasion der Ukraine hat das Land und selbst die gesamte seit 1989 bestehende Ordnung ins Chaos gestürzt. Während russische Panzer und Geschütze weiterhin ukrainische Städte angreifen und auf einen überraschend starken ukrainischen Widerstand stoßen, wird unter den europäischen Eliten ein Gefühl der Einheit und Zielstrebigkeit wiederentdeckt. Viele ehemalige Unterstützer:innen Putins aus der EU haben sich gegen ihn gewandt, während Politiker:innen aus dem gesamten politischen Spektrum sich in Gesten materieller wie symbolischer Solidarität mit der Ukraine zusammenschließen. Gleichzeitig zeichnen sich in der Linken neue Spaltungen ab. Obwohl die Stimmen, die die russische Invasion aktiv unterstützen, nach wie vor nur eine kleine Minderheit darstellen, haben Stimmen aus Osteu-

ropa und anderen Ländern der westlichen Linken vorgeworfen, Putins imperiale Ambitionen zu unterschätzen und die Bedrohung, die er für die Ukraine und andere osteuropäische Nachbarn darstellt, herunterzuspielen – eine Bedrohung, die mittlerweile nur allzu real geworden ist.

Unabhängig davon, ob der Krieg mit einer vollständigen russischen Besetzung, einem Sieg der Ukraine oder einer Verhandlungslösung endet, werden seine Auswirkungen in beiden Ländern – und in der ganzen Welt – noch jahrelang spürbar sein. Was wird der Krieg für die Zukunft der Ukraine bedeuten? Wie wird er sich auf die Linke in Ost- und Westeuropa auswirken? Um Antworten auf diese und andere Fragen zu erhalten, sprach Jerko Bakotin von der kroatischen Wochenzeitung *Novosti* mit Volodymyr Ishchenko, einem linken

Intellektuellen aus der Ukraine, der inzwischen am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin arbeitet.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Expert:innen überrascht. Viele waren der Meinung, dass es nicht dazu kommen würde, da es den Interessen Russlands sehr schaden würde. Was ist Ihre Meinung zu diesem Thema?

Es gab zahlreiche Gründe für die Skepsis gegenüber der Möglichkeit eines Angriffs, vor allem wegen der enormen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und geopolitischen Risiken, die mit diesem Schritt verbunden waren. Es besteht die Möglichkeit, dass Moskau die ukrainische Armee unterschätzt hat und dass es bei der Planung der Militäroperation zu Fehlern gekommen ist. Einige Soldaten glaubten, sie würden zu einem Manöver in Weißrussland entsandt und erhielten erst kurz vor Beginn des Angriffs Befehle.

Obwohl Frankreich und Deutschland vor der Invasion eine etwas andere Politik verfolgten als die Vereinigten Staaten, verhängt die Europäische Union jetzt strengere Sanktionen als die USA. Der Einmarsch wird die Stellung Russlands in der Welt und die innenpolitische Lage stark beeinflussen. Wladimir Putin hat alles riskiert, sodass eine Niederlage in

der Ukraine ihn wahrscheinlich seine Machtposition kosten würde, was höchstwahrscheinlich mit einem Putsch innerhalb der bestehenden Elite und vielleicht sogar mit seinem Tod enden würde. Auch eine Revolution ist nicht auszuschließen, wenngleich die Chancen dafür geringer sind.

Aufgrund all dieser Risiken glaubten viele Sozialwissenschaftler:innen und Expert:innen für internationale Beziehungen, dass Putin zwar die Ukraine und die NATO einschüchtern wollte, es aber nicht zu einem Angriff kommen würde.

Es gibt verschiedene Theorien über Putins Motive. Manche zweifeln an seiner geistigen Gesundheit, ansonsten ist die Rede von imperialistischem Messianismus, von der Bedrohung Russlands durch die NATO oder von der Theorie, dass die demokratische Ukraine die Autokratie in Russland bedroht. Was meinen Sie dazu?

Ich habe noch keine überzeugende Interpretation gesehen. Die These, Putin sei verrückt geworden, ist nicht haltbar, denn er zeigt in meinen Augen keine Anzeichen von Geisteskrankheit. Was die Erklärung angeht, dass er sich in einen ideologischen Fanatiker mit einer messianischen Mission zum Wiederaufbau des russischen Reiches verwandelt hat, muss man sagen, dass in der postsowjetischen Politik



Auf der Anti-Kriegs-Demo am 3. März mit 50.000 bis 100.000 Schüler:innen (Foto: M. Joho)

Führer:innen mit aufrichtigen ideologischen Überzeugungen sehr, sehr untypisch sind. Alle postsowjetischen Führer:innen waren zynische Pragmatiker, die kleptokratische Regime aufbauten, ohne jegliche ideologische Vision. Selbst wenn es stimmt, dass Putin ein ideologischer Fanatiker geworden ist, bleibt es ein großes Rätsel, wie es dazu gekommen ist. Es bedarf also weiterer Erklärungen.

Putin hat doch aber in seinem Essay »Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern« im vergangenen Jahr und erst recht in seiner Rede zur Ankündigung des Krieges, in der er von »Entnazifizierung« sprach, klare imperialistische und chauvinistische Gründe genannt. Er leugnet das Recht der Ukraine auf unabhängige Staatlichkeit und sprach von der Möglichkeit, dass die Ukraine verschwinden könnte. Die ideologischen Motive scheinen doch also sehr klar zu sein?

Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei nicht einfach um Rhetorik handelt, die andere Beweggründe legitimieren soll. Heute interpretieren viele Putins Aufsatz auf die von Ihnen beschriebene Weise. In diesem Text wird jedoch nicht die ukrainische Unabhängigkeit geleugnet, sondern eine bestimmte Form der ukrainischen Identität, die nicht die einzig mögliche ist. Putin argumentiert gegen eine auf einer antirussischen Identität begründete Ukraine. In seiner Vision könnten die Ukraine und Russland durchaus als zwei Staaten existieren, allerdings für »ein und dasselbe Volk«.

Hier greift Putin auf eine Interpretation aus der Zeit des Russischen Reiches zurück, als Russ:innen, Weißruss:innen und Ukrainer:innen als drei Zweige desselben Volkes betrachtet wurden. Dieses Konzept wurde während der Sowjetunion unterdrückt. Damals lautete die offizielle Position, dass es sich um drei verschiedene Völker mit jeweils eigenen Sprachen handele, wenngleich um »brüderliche Völker« gemeinsamen Ursprungs.

Viele Ukrainer:innen empfinden solche Interpretationen als Verneinung ihrer Existenz, weil sie ihre Identität in Opposition zu Russland aufgebaut haben, das für sie ein »großer Anderer« ist. Für viele andere, insbesondere für diejenigen, die in der UdSSR sozialisiert wurden, sind die Ukrainer:innen nicht unbedingt Gegenspieler der Russ:innen. Selbst nach dem Euromaidan und dem Ausbruch des Krieges in der Donbas-Region hielten die meisten Ukrainer:innen die Russ:innen für ein »brüderliches Volk«, und für 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung war es normal, sich als Ukrainer:in und als Russ:in zugleich zu fühlen. Der aktuelle Krieg könnte jedoch solchen zweideutigen Identitäten ein Ende setzen.

In einem in *LeftEast* veröffentlichten Artikel haben Sie argumentiert, dass die Vorstellung, die Ukrainer würden sich gegen die russische Invasion heftig wehren, übertrieben sei. Aber ist es nicht genau das, was jetzt passiert?

Ich sprach in dem Artikel von einer Situation, in der Russland die ukrainische Armee vernichtet und einen großen Teil des Territoriums besetzt, was bisher nicht geschehen ist. Der Widerstand ist vielleicht stärker als von Russland erwartet, aber die Dinge würden wahrscheinlich anders liegen, wenn

Kiew innerhalb von 96 Stunden besetzt worden wäre, wie vom Pentagon vorausgesagt. Viele Ukrainer:innen schließen sich der Territorialen Verteidigung und dem Militär an, aber etwa zwei Millionen Menschen sind geflohen; nach einigen Schätzungen könnten es sogar bis zu zehn Millionen Flüchtlinge sein.

Gleichzeitig spielt sich in besetzten Städten wie Cherson oder Melitopol das von mir beschriebene Szenario ab: Es gibt erhebliche pro-ukrainische Proteste, aber keinen starken bewaffneten Widerstand. Wenn Russland einen großen Teil des ukrainischen Territoriums besetzt, wird sich die Mehrheit der Bevölkerung wahrscheinlich zunächst passiv verhalten. Der bewaffnete Widerstand wird nicht stark genug sein, um die Besatzung zu stürzen, doch er wird bedeutend genug sein, um Moskau zur Errichtung eines sehr repressiven Regimes in den besetzten Gebieten zu veranlassen. Das Ergebnis wäre ein stärkerer unbewaffneter Widerstand, der eine Quelle ständiger Instabilität nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland wäre.

Der Westen hat entschlossen reagiert, mit einer Strategie, die auf harten Sanktionen gegen Moskau und der Lieferung von Waffen an Kiew beruht. Die Zerstörung der russischen Wirtschaft und die Stärkung des ukrainischen Widerstands haben das gleiche Ziel: Moskau soll gezwungen werden, den Angriff einzustellen. Wie beurteilen Sie diese Reaktion und was halten Sie von der Forderung, die NATO solle eine Flugverbotszone einrichten?

Ich fürchte, wenn Sanktionen und Waffenlieferungen die vorherrschende Reaktion bleiben, bedeutet das, dass der Westen tatsächlich ein Interesse an diesem Krieg hat. Putin kann es sich nicht leisten zu verlieren, also wird er den Krieg so lange wie möglich führen. Das wird eine große Zahl von Toten und die völlige Zerstörung ukrainischer Städte bedeuten. So wie sie Grosny in Tschetschenien zerstört hat, könnte die russische Armee Kiew und Charkiw zerstören. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, könnte Putin mit Atomwaffen drohen.

Ich denke, die NATO-Eliten wissen, dass die Flugverbotszone über der Ukraine einen Krieg zwischen der NATO und Russland bedeuten würde. Ich glaube nicht, dass wir das Risiko einer nuklearen Apokalypse eingehen dürfen.

Die Beendigung des Krieges hat absolute Priorität. Das könnte möglich sein, indem man der Ukraine sofort eine klare Perspektive für einen EU-Beitritt gibt, zumindest einen konkreten Beitrittsplan. Gleichzeitig könnte eine Vereinbarung über die militärische Neutralität der Ukraine getroffen werden. Jetzt wäre es einfacher, denn Präsident Volodymyr Zelensky und der Rest der politischen Elite sind enttäuscht, dass die NATO der Ukraine nicht helfen und auch keine Flugverbotszone einrichten will.

Zelensky muss gezwungen werden, in Bezug auf die Krim und den Donbas schmerzhaft Kompromisse einzugehen. Doch im Falle einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine könnte Zelensky das Abkommen mit Russland als Sieg darstellen und behaupten, die Ukrainer hätten das erreicht, wofür sie seit der Revolution auf dem Maidan-Platz gekämpft haben. Gleich-

zeitig könnte Putin behaupten, er sei nicht besiegt worden, sondern die Invasion habe ihre Ziele erreicht. Die EU und die USA sollten etwas Derartiges aushandeln, wenn sie den Verlust von ukrainischen Menschenleben und die Zerstörung der Wirtschaft verhindern wollen.

Was meinen Sie damit, dass der Westen an diesem Krieg ein Interesse haben könnte?

Einige Kommentator:innen äußern enthusiastisch, der lang anhaltende Widerstand in der Ukraine werde Russland auf ähnliche Weise erschöpfen wie der Krieg in Afghanistan, der zum Zusammenbruch der Sowjetunion beigetragen hat. Der Afghanistan-Krieg hat der UdSSR in der Tat großen Schaden zugefügt, doch für das afghanische Volk war er ein Desaster. Afghanistan wurde jahrzehntelang verwüstet und in einen gescheiterten Staat verwandelt, in dem schließlich eine extremistische Bewegung die Macht übernehmen konnte.

Wenn der Westen mit einer solchen Zukunft für die Ukraine zufrieden ist, bedeutet das, dass er diesen Krieg gebraucht hat. Die derzeitige Haltung des Westens ist nur dann gerechtfertigt, wenn Russland wirklich so zerbrechlich ist, dass es in naher Zukunft zusammenbrechen wird. Wenn sich die Invasion jedoch über Monate oder sogar Jahre hinzieht, macht

sich der Westen mitschuldig an der Verlängerung des Krieges.

Die Ukraine ist also nicht nur ein Opfer Russlands, sondern auch der geopolitischen Spiele des Westens?

Die amerikanischen und britischen Geheimdienste haben die Invasion seit Monaten vorausgesagt. Wenn London und Washington sich der Invasion so sicher waren, warum haben sie sie nicht verhindert, warum haben sie nicht aktiver mit Putin verhandelt? Sicherlich ist Putin der Hauptverantwortliche für den Krieg. Aber der Westen wusste von der Invasion und hat nicht genug getan, um sie zu verhindern.

Der Westen nährte die Hoffnung der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft, obwohl klar war, dass er die Ukraine nicht verteidigen würde. Sind die Ukrainer:innen in diesem Sinne getäuscht worden?

Die Ukraine hat nie einen Aktionsplan für die Mitgliedschaft erhalten, sondern nur die theoretische Möglichkeit, irgendwann in der Zukunft beizutreten. Trotz der Versprechungen bezüglich der Mitgliedschaft hatte die NATO nie den Wunsch, für die Ukraine zu kämpfen. Jetzt sterben die Ukrainer:innen. Die Versprechungen waren der Ukraine gegenüber zumindest äußerst unverantwortlich.



Großdemonstration am 3. März, hier auf der Reeperbahn (Foto: M. Joho)

Im Jahr 2019, unter Präsident Petro Poroschenko, wurde das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft in die ukrainische Verfassung aufgenommen. Wie ist die NATO zu einem zentralen Thema der ukrainischen Politik geworden?

Die Politiker:innen haben sich nie dafür interessiert, was die Ukrainer:innen wirklich über die NATO denken. Der Antrag auf Mitgliedschaft wurde 2004, nach der Orangen Revolution, von Präsident Viktor Juschtschenko gestellt. Er wurde von George W. Bush unterstützt, und 2008 wurde auf dem Bukarester Gipfel beschlossen, dass Georgien und die Ukraine dem Bündnis beitreten würden.

Damals sprachen sich etwa 20 Prozent der Ukrainer für einen NATO-Beitritt aus. Nach dem Euromaidan, der Annexion der Krim durch Russland und dem Ausbruch des Krieges im Donbass begannen führende Teile der Bevölkerung, die NATO als Schutz vor Russland zu betrachten. Gleichzeitig wurden auf der Krim und im Donbass, den am stärksten pro-russischen Landesteilen, keine Umfragen mehr durchgeführt. Letztes Jahr lag die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft dank der Angst vor dem Einmarsch der russischen Truppen bei über 50 Prozent. Die gegenwärtige Invasion hat die Einstellung sogar in den pro-russischen südlichen und östlichen Teilen des Landes verändert. Zugleich wächst die Enttäuschung über die NATO.

Zu den möglichen Ergebnissen des Krieges gehören die Teilung des Landes (Einführung eines repressiven prorussischen Regimes im Osten, während der Westen zu einer nationalistischen NATO-Außenbasis wird), die russische Besetzung der gesamten Ukraine und die vollständige Niederlage Russlands. Könnte eine multi-nationale, multiethnische Ukraine überleben?

Sie haben ein glaubhaftes Szenario für den Fall einer Teilung des Landes beschrieben, doch es hängt alles vom Verlauf des Krieges ab. Eine Niederlage Putins würde wahrscheinlich eine Destabilisierung und den Zusammenbruch des herrschenden russischen Regimes bedeuten, was die Ukraine ausnutzen würde. Sie könnte vielleicht sogar den Donbass und die Krim zurückerobern.

Infolge des Angriffs und der Zerstörung ist der Hass auf die Russen groß. Ich befürchte, dass die russische Sprache in der Öffentlichkeit noch stärker unterdrückt wird, als es nach den von Poroschenko verabschiedeten Gesetzen der Fall war. Das multikulturelle Land, in dem ich geboren wurde, ist wahrscheinlich für immer verloren.

Es ist möglich, dass es eines Tages zur Versöhnung kommen wird. Immerhin arbeiten Polen und Frankreich innerhalb der EU eng mit Deutschland zusammen, obwohl Deutschland im Zweiten Weltkrieg ganz Europa großes Leid zugefügt hat. Doch eine solche Entwicklung hätte sehr ernst-



Protest auf dem Rathausmarkt am 9. April 2022 (Foto: picture alliance, Jonas Walzberg)

hafte politische Veränderungen in Russland zur Voraussetzung.

Bereits vor Kriegsbeginn schrieben Sie, dass eine Invasion der Ukraine Russland destabilisieren könnte. Welche Folgen werden der Krieg und die Sanktionen für Putins Regime haben?

Wenn sich das Regime auf die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen einstellen will, sind radikale Veränderungen der sozialen und politischen Ordnung erforderlich. Der russische Staat funktioniert derzeit nach dem Prinzip eines kleptokratischen Klientelkapitalismus, an dem sich eine kleine Elite bereichert. Es wird jedoch nicht möglich sein, das prorussische Regime in Teilen der Ukraine einzig durch Repression aufrechtzuerhalten. Der Widerstand der Ukrainer:innen könnte auch der Opposition in Belarus und Russland Aufwind verleihen, ja selbst der in Kasachstan und der gesamten russischen Interessensphäre – vor allem, wenn weiterhin russische Soldaten sterben.

Da die Instabilität nicht durch eine orthodoxe neoliberale Politik gemildert werden kann, hat der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze spekuliert, ob das Regime versuchen wird, eine Art neokeynesianische Politik zu betreiben, um das Leben der Bürger:innen zu verbessern und sich auf diesem Weg ihre Unterstützung zu erkaufen. Nach beiden Weltkriegen kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Arbeitnehmer:innenrechte, um Aufstände jener Massen zu verhindern, die im Krieg große Opfer gebracht hatten.

Russlands Neuausrichtung auf nicht-westliche Länder wird ebenfalls ein Problem darstellen. Moskau ist weniger isoliert, als es im Westen den Anschein hat. Abgesehen von der Abhängigkeit Russlands von dem stärker entwickelten Land China wird eine solche Neuorientierung nicht leicht mit der europäischen Identität von Russ:innen, Weißruss:innen und Ukrainer:innen zu vereinbaren sein. Russland wird auch ein weitaus kohärenteres ideologisches Projekt benötigen, das der Bevölkerung den Sinn all dieses Leids erklärt. Die Tatsache, dass ein großer Teil der russischen Gesellschaft die Invasion Putins nicht versteht, ist ein Symptom für das Fehlen eines solchen Projekts. Bisher hat keine der postso-

wjetischen Eliten ein solches ideologisches Projekt aufweisen können.

Die Invasion hat auch die intellektuelle Linke verwirrt, die daran gewöhnt ist, den Westen für fast alle Probleme der Welt verantwortlich zu machen. Die ukrainischen Linken Taras Bilous und Vladimir Artyukh haben in offenen Briefen das kritisiert, was sie den »Antiimperialismus für Dumme« der westlichen Linken nennen. Was wäre die richtige linke Perspektive?

Ich habe selbst gegen vereinfachende Interpretationen des Euromaidan angeschrieben, den ein Teil der westlichen Linken zu Unrecht als einen vom Westen unterstützten Putsch ansah. Ähnlich wurden auch die separatistischen Republiken im Donbas als proto-sozialistische Staaten angesehen, während es sich in Wirklichkeit um Marionetten eines überaus unsozialistischen russischen Regimes handelt. Doch die Diskussion über die Schuld, die sich westliche Linke möglicherweise als »Putins nützliche Idioten« zugezogen haben, ist zu diesem Zeitpunkt für die Linke sehr schädlich. Die Debatte über die Unterschätzung des russischen Imperialismus ist wichtig, doch sie sollte nicht in Momenten hoher Emotion oder durch moralische Erpressung geführt werden.

Die Invasion wird eine starke rechte Welle begünstigen, die den Raum für die Linke sowohl in Ost- als auch in Westeuropa stark einengen wird. Wir sollten uns nicht selbst schwächen, dadurch würden wir uns den Angriffen der Rechten ausliefern. Die große Mehrheit der europäischen Linken verurteilt den russischen Imperialismus und ist sich darüber im Klaren, dass die Invasion in eine Katastrophe führt, genau wie die amerikanische Invasion des Irak.

Die Linke braucht offensive Argumente. Wir dürfen einem Verbot der Diskussion über die Komplizenschaft der NATO und des Post-Maidan-Regimes in der Ukraine, über die Gründe für die Nichtumsetzung des Minsker Abkommens oder über die Beziehungen zwischen der NATO und Russland nicht zustimmen. Das würde eine Kapitulation bedeuten – vor allem in Osteuropa, wo es in der kommenden Ära des Neo-McCarthyismus möglicherweise nicht mehr möglich sein wird, selbst grundlegende linke Argumente vorzubringen, ohne als russischer Spion beschuldigt zu werden.

In den letzten drei Ausgaben des Bürger:innenbriefes haben wir klar Stellung bezogen gegen die russische Invasion in der Ukraine und den Einmarsch als absolut verdammenswerten Völkerrechtsbruch bewertet. Wir möchten an dieser Stelle zumindest aufmerksam machen auf einen von der EMMA-Redaktion initiierten **»Offenen Brief an Bundeskanzler Scholz«**. Darin befürworten 28 bekannte Intellektuelle und Künstler:innen die »Besonnenheit« des Kanzlers und warnen vor allem vor einem 3. Weltkrieg. Mensch muss nicht alle Einschätzungen teilen, schon gar nicht die vermeintli-

che »Besonnenheit« von Olaf Scholz, die jüngst dazu geführt hat, dass sieben Panzerhaubitzen an die Ukraine geliefert werden, also schwere Artillerie, also keineswegs nur Helme.

Aber wie auch immer, der »Offene Brief« ist mittlerweile von rund 275.000 Menschen unterzeichnet worden, eines der wenigen Statements, in denen zurzeit überhaupt vor einer weiteren Eskalation durch Waffenlieferungen und einen gigantisch aufgeblähten Rüstungs- etat warnen. Den vollständigen Text gibt es hier: www.change.org/p/offener-brief-an-bundeskanzler-scholz.

Kulturtipp Kunst der DDR



Ausstellungsplakat des Torhauses Wellingsbüttel

Für einige völlig aus der Zeit gefallen, für andere eine interessante Wieder- oder oftmals auch Neuentdeckung, das dürfte die Spannbreite der Reaktion auf eine Ausstellung sein, die gerade angelaufen ist und noch **bis zum 12. Juni im Torhaus Wellingsbüttel (Wellingsbütteler Weg 75 b)** zu besichtigen ist. Gezeigt werden nämlich Werke aus der politisch-wirtschaftlich untergegangenen DDR, die aber doch einige Spuren und eben auch bemerkenswerte Kunst hinterlassen hat.

»Wer interessiert sich heute für den immer noch währeren und nie ausdiskutierten sogenannten »Bilderstreit«, für die Debatte über die komplexe Rolle der Kunst im Osten und Westen Deutschlands? Haben die ehemaligen DDR-Künstler Kunst geschaffen oder dienten sie ausschließlich der Propaganda des SED-Staats?« So die nicht nur rhetorisch gemeinten Fragen des Kulturkreises Torhaus, der die Ausstellung organisiert hat. Und sie fahren fort: »Die Künstler:innen, die in der DDR damals eine hervorragende Ausbildung in ihren Akademien bekamen, verfolgten vielfach ihren eigenen künstlerischen Weg, der sich nicht an den vorgegebenen Richtlinien des sozialistischen Realismus orientierte.

Viele mussten deshalb auch Nachteile hinnehmen, wurden ausgegrenzt oder erhielten sogar Ausstellungsverbot. Trotzdem trugen viele Künstler mit ihrem Schaffen zum kulturellen Leben in der DDR bei, etwa mit Buchillustrationen oder Plakaten. 40 Jahre Kulturgeschichte der DDR sind mit dem Mauerfall quasi verschwunden. Bis heute erwachsen daraus grundsätzliche Probleme auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die den Einheitsgedanken Deutschlands auch auf diesem Gebiet nicht einfacher machen.«

In den kommenden Wochen werden in Wellingsbüttel aber nicht Werke aus 40 Jahren DDR-Kultur präsentiert, auch kunstschaaffende Freund:innen des Torhauses zeigen, was in diesen Jahren und Jahrzehnten geschaffen haben: Jürgen Strube, Meike Lipp, Ulrich Rölting und Inge Feilcke Vollbrecht. Die Ausstellung ist nur **an den Wochenenden geöffnet**, und zwar samstags von 14.00 bis 17.00 Uhr und sonntags von 11.00 bis 17.00 Uhr. Mehr dazu unter www.kulturkreis-torhaus.de/?ai1ec_event=ddr-kunst-zu-gast-bei-freunden-im-torhaus&instance_id=2792. ♦



Gemälde von Bernhard Heisig: Ein Mann, der jeden nervt

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg